



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.003.251

Wien, am 30. Jänner 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Dezember 2022 unter der Nr. **13175/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beweissicherung von Kriegsverbrechen und anderer Völkerrechtsverbrechen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Seit wann wurden schutzsuchende Personen per SMS über Ermittlungen zu Kriegsverbrechen informiert?*
 - a. *Was ist der Inhalt der SMS?*
 - i. *Wird eine konkrete Stelle mit Kontaktinformationen genannt?*
 - ii. *Wird psychologische Hilfe angeboten (auch ohne Teilnahme an einem Strafverfahren)?*
- *Wird das Angebot aktiv genutzt?*
 - a. *Wenn ja, wie oft bisher? Bitte um Aufschlüsselung nach Monat.*

Durch das Bundesministerium für Inneres werden keine SMS in diesem Zusammenhang versendet.

Zu den Fragen 3 bis 9:

- *Welche Maßnahmen wurden von Ihrem Ressort - abgesehen von der Zusendung von SMS an schuttsuchende Personen - gesetzt, um diese ausreichend über die Möglichkeit der Meldung von Kriegsverbrechen zu informieren?*
 - a. *Welche Ressourcen wurden hierzu wann zur Verfügung gestellt?*
- *Welche Stelle mit welchen Kompetenzen wurde bei der DSN eingerichtet bzw. ist sachlich zuständig?*
 - a. *Welche Ressourcen wurden hierzu wann zur Verfügung gestellt?*
 - b. *Wie ist die Koordination zwischen BMI und BMJ gewährleistet?*
- *Wann wurde welche Einrichtung in Ihrem Ressort geschaffen, um inwiefern zu gewährleisten, dass Beweise von Kriegsverbrechen in der Ukraine so schnell wie möglich gesichert werden?*
- *Wurden bereits Schritte unternommen, um neben digitalem Beweismaterial auch Zeugenaussagen zu protokollieren und entsprechend zu sichern, damit diese in einem internationalen Strafverfahren verwertet werden können?*
- *Steht das BMI mit dem BMJ zu diesem Thema im Austausch?*
 - a. *Wenn ja, seit wann bzw. wann in der Folge sowie jeweils zu welchem Thema genau?*
 - b. *Wenn ja, welche Treffen haben wann zu welchem Thema zwischen den zwei Ressorts jeweils stattgefunden?*
 - c. *Wenn nein, weshalb nicht?*
- *Welche Schritte wird Ihr Ressort weiters wann setzen, um die Beweissicherung sicherzustellen?*
- *Welche Kooperationsschritte mit Europol wurden darüber hinaus hinsichtlich der Beweissicherung jeweils wann gesetzt?*

Die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) behandelt Sachverhalte mit Bezug zu Kriegsverbrechen bereits im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung.

In diesem Zusammenhang steht die DSN in regem Austausch mit Europol und nimmt an den durch die Koordinierungsstelle bei Europol organisierten Treffen teil. Mit dem Bundesministerium für Justiz findet ein anlassbezogener regelmäßiger Austausch statt.

Darüber hinaus wurden durch Europol mit Einrichtung eines Analyse-Projektes die Rahmenbedingungen geschaffen, um Daten und Fakten zu Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu sammeln und auszuwerten. Um eine entsprechende Sammlung und zielgerichtete Auswertung der Daten gewährleisten zu können, wird durch das Bundesministerium für Inneres eine

Uploadplattform implementiert, auf welcher Privatpersonen beweiskräftiges Bild- und Videomaterial hochladen und den Strafverfolgungsbehörden zugänglich machen können. Kriegsverbrechen mit einem möglichen Österreichbezug werden herausgefiltert, im Inland bearbeitet und strafrechtlich verfolgt. Andere Kriegsverbrechen werden an die zuständigen Stellen (Internationaler Strafgerichtshof) weitergeleitet.

Zur Frage 10:

- *Wurden bereits Ersuchen der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden entgegengenommen und weiter betrieben?*
 - a. *Wenn ja, wann jeweils mit welchem Inhalt und welcher wann erfolgten Reaktion?*

Die Beantwortung der Frage fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Gerhard Karner

